

Noch in dieser Ausgabe:

Neue Verordnung zu Hartz IV	S. 4	Das ist der falsche Weg	S. 12
Solidarpakt ist keine Einbahnstraße	S. 7	Die Barri im Wedding	S. 14
In eigener Sache	S. 8	Mitgliederversammlung	
Wissen und Gewissen	S.10	mit Nele Hirsch MdB	S. 16

uff'n wedding

Kiezzeitung vom LinksTreff

„Jugendcamps“ statt Jugendbibliotheken?

Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern

„Es war so gräßlich kalt; es schneite und es begann dunkler Abend zu werden. Es war auch der letzte Abend des Jahres, Silvesterabend. In dieser Kälte und in dieser Dunkelheit ging auf der Straße ein kleines, armes Mädchen mit bloßem Kopf und nackten Füßen...“

So beginnt das Märchen „Das kleine Mädchen mit den Schwefelhölzern“ von Hans Christian Andersen aus dem Jahr 1845.

„Aber im Winkel beim Hause saß in der kalten Morgenstunde das kleine Mädchen mit roten Wangen, mit einem Lächeln um den Mund - tot, erfroren am letzten Abend des alten Jahres. Der Neujahrmorgen ging über der kleinen Leiche auf, die mit den Schwefelhölzern dasaß, von denen ein Bund fast abgebrannt war. Sie hatte sich wärmen wollen, sagte man.“

So endet es.

Als Kind dachte ich, dieses Märchen handele von alten Zeiten, die ja zum Glück nun vorbei wären. Denn in der BRD der 60-Jahre ging es bergauf: Auf den Schwarz-Weiß- folgte der Farbfernseher, das erste Auto wurde angeschafft und die ganze Familie machte Urlaub auf Mallorca. Als erster in der Familie ging

ich auf's Gymnasium. Es ging voran im Wirtschaftswunderland.



Bild: Kinderhilfe direkt

Und heute?

Deutschland ist reich. Jeder Haushalt in Deutschland besitzt im Schnitt ein Vermögen von etwa 200.000 Euro. Das Bruttogeld-

vermögen der privaten Haushalte ist 2007 um rund fünf Prozent auf 4,76 Billionen Euro gestiegen.

Allerdings verfügen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung über wenig oder gar kein Vermögen. Dagegen besitzen allein die reichsten zehn Prozent der Haushalte mehr als zwei Drittel des gesamten Vermögens. Und mehr als ein Viertel des Geldvermögens befindet sich in den Händen der reichsten 0,5 Prozent der Bevölkerung.

Bei **armen Kindern** oder **Straßenkindern** denken die meisten an Kinder in Afrika, Lateinamerika oder Asien.

Doch in Deutschland steigt die Kinderarmut kontinuierlich – auch dank der sog. Hartz IV-„Reformen“. Einer Befragung von Terre des Hommes zufolge hatten 2001 **in Deutschland** etwa 9.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße.

Zwei von drei Weddinger Kindern leben an oder unterhalb der Armutsgrenze

Berlin ist auch 2008 nach wie vor die Stadt mit den meisten armen Kindern. Jedes dritte Kind unter 15 Jahren lebt von Transferleistungen in Form von Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Immer mehr Kinder wachsen in Familien auf, die von Existenzängsten geprägt sind und an der Armutsgrenze leben (working poor). Im Wedding erhalten alleine über 60 % der unter 15-jährigen Kinder und Jugendlichen Leistungen zur Existenzsicherung. Berlin liegt mit diesen Zahlen zur Kinder-

armut an der Spitze aller deutschen Bundesländer. Die Kinderarmut konzentriert sich dabei auf wenige „Problemstadtteile“ wie den



Wedding. **Die überwiegende Mehrheit aller Kinder im Wedding lebt in Armut oder an der Armutsgrenze!**

Arm zu sein bedeutet nicht nur, auf das Lieblingsspielzeug verzichten müssen. Viele Kinder gehen morgens mit leerem Bauch aus dem Haus. Kinder werden vom Hort oder von der Kita abgemeldet, da das Geld für die Essensbeiträge fehlt. Arme Kinder sind öfter krank, haben weniger Chancen auf Bildung, sind zumeist sozial ausgegrenzt und werden oft, auch durch Lehrer, Nachbarn, Erzieher, stigmatisiert. Das Bildungssystem sortiert gnadenlos aus, statt zu fördern. So landen Kinder aus armen Familien eher auf der Hauptschule, wo sie sich schnell als Verlierer fühlen, abgeschoben und ausgegrenzt. Manche reagieren mit Minderwertigkeitsgefühlen, werden depressiv – andere aggressiv. Wer keine Perspektive hat, greift schneller zu Gewalt, gegenüber Gleichaltrigen ebenso wie gegenüber vermeintlich Schwächeren. Und dann drohen Knast und „Jugendcamps“. Wer einmal aus dem Blechnapf aß... So werden aus vernachlässigten, misshandelten Kindern selbst Täter.

Immer mehr Eltern sind aufgrund ihrer eigenen Sorgen und Nöte nicht in der Lage, sich um ihre Kinder zu kümmern. Auch bei den gemeldeten Fällen von Kindesvernachlässigung ist Berlin Spitzenreiter. Viele Eltern bräuchten dringend Unterstützung. Doch nicht die Kinder- und Jugendbibliotheken, auch die Hilfen zur Erziehung werden mehr und mehr Opfer der Sparpolitik des Berliner Senats.

Der Berliner Kinderschutzbund warnt: **„Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird bald die Hälfte der Heranwachsenden in der Hauptstadt arm und ungebildet sein.“**

Die Studie „Junge Menschen auf der Straße“ (ISIS, 2007) stellt den Jugendämtern ein schlechtes Zeugnis aus: Auch vorherige Kontakte zum Jugendamt konnten nicht verhindern, dass die Jugendlichen auf der Straße landeten.



Der tägliche Gang zur Suppenküche ist für die Kinder einer armen Familie aus Berlin oft ein notwendiges Übel

Nach Schätzungen des Senats leben in Berlin rund 1.800 Minderjährige überwiegend auf der Straße.

Die Dunkelziffer ist hoch. Kinder und Jugendliche laufen in Deutschland aus den verschiedensten Gründen

von zu Hause weg. Oft spielen Gewalterfahrungen und Verwahrlosung eine Rolle. Viele kommen aus zerbrechenden Familien.

Die Hälfte der befragten Jugendlichen lebt von weniger als 200 • im Monat. Haupteinnahmequelle ist, neben staatlichen Transferleistungen,

das Schnorren. Mehr als Zweidrittel haben Schulden. Als größte Belastungsfaktoren nennen sie Pöbeleien von Passanten und Personenkontrollen. Sie sehen sich mit Polizeigewalt, gewalttätigen Übergriffen, Hausverboten, Platzverweise und, besonders die Mädchen, sexueller Belästigung konfrontiert. Ein Großteil ihrer Probleme resultiert aus Verstößen gegen das **Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG)**. Das größte gesundheitliche Problem, das die Jugendlichen nannten, ist **Hunger**.

Die Studie kommt zum Schluss: **„Insgesamt kann die gesundheitliche, aber auch die psychische Situation als äußerst prekär eingeschätzt werden.“**

Gemeinsam wollen wir eine Partei, wie es sie in Deutschland noch nicht gab – Linke einigend, demokratisch und sozial, feministisch und antipatriarchal, offen und plural, Streitbar und tolerant, antirassistisch und antifaschistisch, eine konsequente Friedenspolitik verfolgend. Wir sind Teil der europäischen Linken. Wir sind Teil der Bewegungen überall auf der Erde, die dafür kämpfen: **Eine andere Welt ist möglich.**

Ziel unseres Handelns ist eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird, eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist und die ihn in einem transformatorischen Prozess überwindet.

(aus den Eckpunkten der Partei DIE LINKE)

Die Studie wurde von ISIS Berlin e.V., Trägerverein des Klinks, erstellt. Das Klik, der Kontaktladen für Kinder und Jugendliche auf der Straße, ist aufgrund von Kürzungen von Schließung bedroht.

Das Thomas Weissbecker Haus, entstanden vor 34 Jahren aus der Kritik am untragbaren Zustand in staatlichen Einrichtungen und der damaligen Jugendpolitik als Alternative zu Heim oder Knast, steht ebenfalls kurz vor dem Aus. Im Januar 2007 wurden sämtliche Fördermittel wegen des **Sparzwangs** des Landes Berlins gestrichen.

Das sowie die Ergebnisse der Studie sind schallende Ohrfeigen für Politik und Verwaltung.

Über die Situation von Kindern und Jugendlichen in dieser Stadt können wir uns gar nicht genug empören.

„Die Lage ist viel zu beschissen, als weiter auf dem Sofa rumhängen zu dürfen.“

Für autonome Freiräume und Selbstorganisation. Gegen Herrschaft und Kapitalismus.

Klik – Kontaktladen für junge Menschen auf der Straße - Torstraße 205 - 10115 Berlin Telefon: 030 - 28 38 43- 50/51

e-mail: mail(at)klik-berlin.de - Studie zum Downloaden: www.klik-berlin.de/downloads

Streetworker im Wedding: <http://www.gangway.de>
Thomas Weissbecker Haus: Wilhelmstr. 9 10963 Berlin - <http://www.tommyhaus.org>

Neue Verordnung zu Hartz IV

Die Daumenschrauben werden weiter angezogen

Wolfgang B. hatte es satt, auf seine Bewerbungen immer wieder zu hören, er sei mit seinen 52 Jahren nicht innerhalb des Profils. Nicht, dass sein Alter an sich irgendein Kriterium sei, aber genau für diese Position suche man einen Jüngeren. Das heißt, er bekam es eigentlich sehr selten zu hören, denn zu mehr als 90 % hörte er gar nichts auf seine mittlerweile rund 400 Bewerbungen.

Also dachte sich Wolfgang B.: Dann musst du dein Schicksal eben selbst in die Hand nehmen, ging zu Frau F., seiner Fallberaterin beim Jobcenter und erzählte ihr von seiner Absicht, als Kleingewerbetreibender

sich zunächst etwas zu seinem Arbeitslosengeld II hinzu zu verdienen, mit dem Ziel, irgendwann davon leben zu können.



Die Würde des Menschen darf nicht angetastet werden. Der Rest schon...

Eine Idee hatte er schon länger, schließlich war er handwerklich sehr geschickt, seine selbst gemachten Holzspielzeuge waren bei seinen Kindern und auch bei den Verwandten immer gut angekommen. In drei Monaten war Weihnachten und handgefertigte Nussknacker waren sicher sehr beliebt. Also lieh er sich bei seinem Freund etwas Geld, kaufte sich die noch fehlenden Werkzeuge, geeignetes Holz, Farben und was er sonst noch so brauchte für einen Nussknacker.

Nachdem er seine ersten drei Exemplare fertig hatte, alle nicht nur funktionstüchtig, sondern auch sehr schön, wie er fand, machte er sich auf den Weg, Kunden zu suchen. Und er hatte seine ersten Erfolgserlebnisse seit langem. Es gab zwar nicht mehr allzu viele geeignete Geschäfte, die nicht einer Kette angehörten, aber nach zwei Wochen hatte er genug Aufträge, um sich die nächsten Wochen ans Werk zu machen. Acht Stunden reichten zwar nicht aus, aber ihm machte es nichts aus, auch länger zu arbeiten, schien doch sein Ziel, auf Dauer nicht mehr vom Jobcenter abhängig zu sein, durchaus erreichbar.

Ende des Monats machte er sich auf den Weg zu Frau F. ins Jobcenter, um freudig von seinen Erfolgen zu berichten und seine Einnahmen anzumelden.

Er hatte Einnahmen und Ausgaben säuberlich aufgeschrieben und legte Frau F. seine Abrechnung vor. 720 Euro Einnahmen standen Ausgaben in Höhe von 580 Euro gegenüber. Also blieb ein Überschuss von 140 Euro. Zugegeben, nicht gerade üppig für die viele Arbeit, aber jeder fängt schließlich mal klein an,

und am Anfang hat man eben mehr Kosten als später, wenn man Stammkunden hat.

Tja, Wolfgang B. war wohl ein bisschen naiv und hatte die Rechnung ohne den Wirt, sprich: Frau F. gemacht.

„Also Herr B., nach meinen Berechnungen erhalten sie ab nächsten Monat noch 285 Euro zehn, einschließlich Mietbeihilfe natürlich.“

„Wie bitte?“ Wolfgang B. war fassungslos. „Aber ich habe doch nur 140 Euro verdient.“

KS

Wofür man die HartzIV
noch so alles einsetzen könnte:



Als Hilfe im Verkehrsleitsystem



Als Parkbank



Als Garderobenständer in Ämtern und Behörden



Als öffentlicher Müllschlucker



Zum Stopfen von Schlaglöchern

„Nein, laut Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim ArbeitslosengeldII/Sozialgeld ist nach §3 Punkt 1) bei der Berechnung des Einkommens aus selbständiger Arbeit von den Betriebseinnahmen auszugehen. Und das sind 720 Euro.“

„Ja aber...“ „Nichts aber! Nach §3 Punkt 2) sind zwar die tatsächlich geleisteten notwendigen, ich betone: notwendigen Ausgaben abzusetzen, aber in ihrem Fall sind eine ganze Reihe von nicht notwendigen Ausgaben aufgeführt. Fangen wir bei ihrer Monatskarte an: Von den 76 Euro kann ich nur 14 Euro anrechnen. Mit einem privaten PKW wären die Kunden-

besuche so zu planen gewesen, dass sie 70 km hätten fahren müssen. Einschließlich der Auslieferungsfahrt wären dies 140 km. *Nach §3 Punkt 2) sind für betriebliche Fahrten 0,10 Euro je gefahrenen Kilometer abzusetzen.*

„Aber ich habe doch gar kein Auto.“ „Das tut nichts zur Sache. Natürlich können Sie mit den 10 Cent pro Kilometer auch andere Verkehrsmittel benutzen. Und ihre eingekauften Materialien kann ich nur zur Hälfte anerkennen. Und hier habe ich vier Gaststättenquittungen über insgesamt 72 Euro, die kann ich auch nicht anerkennen.“

„Aber das waren Bewirtungskosten von potentiellen Kunden, die gesagt haben, sie wollten beim Mittagessen mit mir über die Sache sprechen. Ich kann mich ja wohl schlecht von denen aushalten lassen.“

„Herr B., wo leben Sie denn. *Nach §3 Punkt 3) sollen tatsächliche Ausgaben nicht abgesetzt werden, soweit diese ganz oder teilweise vermeidbar gewesen wären.* Darunter fallen ihre eingekaufte Materialien. Ich habe mich schlau gemacht, im Fachgroßhandel hätten Sie Holz und Farben für die Hälfte bekommen. Und weiter heißt es: *Ausgaben sollen nicht abgesetzt werden, die offensichtlich nicht den Lebensumständen während des Bezuges der Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitssuchende entsprechen.* Und Sie wollen mir doch wohl nicht erzählen, Mittagessen in einer Gaststätte würden zu den Lebensumständen eines Hartz IV-Empfängers gehören. Und im übrigen muss ich überhaupt erst einmal nachprüfen, ob ich Ihnen die 285 Euro wirklich bewilligen kann. Denn möglicherweise muss ich die kompletten Einnahmen von 720 Euro berücksichtigen. Und soweit ich weiß, standen Ihnen bisher nur 705 Euro zu. Denn *nach §3 Punkt 3) können Ausga-*

ben bei der Berechnung nicht abgesetzt werden, soweit das Verhältnis der Ausgaben zu den jeweiligen Erträgen in einem auffälligen Missverhältnis steht. Und Sie haben mir doch gesagt, dass Sie jeden Tag rund zehn Stunden gearbeitet haben. Und da kann man ja wohl nur von einem extrem auffälligen Missverhältnis sprechen, wenn Sie 580 Euro ausgeben, obwohl Sie bei rund 200 Stunden nur 720 Euro einnehmen.“



Zugegeben, ein konstruierter Fall, aber Wolfgang B. sollte sich hüten, zu versuchen, auf selbständige Art seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Und allen Selbständigen, die in eine Situation kommen, in der sie ergänzendes Sozialgeld zum Überleben benötigen, sei empfohlen, ihren Job gleich komplett hinzuschmeißen, denn die oben zitierte Verordnung gibt es seit 1. Januar wirklich. Und dass sie rigoros durchgesetzt wird, geht aus ihrem Entwurf hervor, in dem es unter „Finanzierung“ u. A. heißt: *Durch die eingehende Prüfung der Ausgaben der selbständig erwerbstätigen Hilfebedürftigen entsteht grundsätzlich ein höherer Vollzugaufwand. Dieser ist wirtschaftlich vertretbar, da ihm höhere Einsparungen bei den Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende gegenüberstehen.*

Werner Schulten

Ein guter öffentlicher Dienst ist nicht zum Nulltarif zu haben

Die Berliner Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind sauer und bitter enttäuscht. Ihre maßvollen und aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung nachvollziehbaren Forderungen in Höhe von 3 x 300 • als Ausgleich für die bisher nicht stattgefundenen Tarifierhöhungen und als Ankopplung an die bundesweiten Einkommens- und Tarifentwicklungen, sowie die Rückkehr in die Tarifverbände wurde Anfang Oktober 2007 vom Berliner Senat abgelehnt. Eine bescheidene Tarifierhöhung (2,9 %) als Inflationsausgleich wurde erst für die Zeit nach 2010 in Aussicht gestellt.

Die Beschäftigten sind empört, weil sie seit 2003 Verständnis für die schwierige Finanzsituation in Berlin gezeigt und sich mit einem Einkommensverzicht zwischen 8-12 Prozent (mit der Entwicklung der Inflation sogar 14-18 Prozent) und mit der Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes freiwillig an der Sanierung des Landes Berlin beteiligt haben.

Sie empfinden diese sture Haltung des Senats als große Ungerechtigkeit und als Mangel an Respekt.

Besonders aus Sicht der Linken ist diese Haltung des Senats unfair und nicht nachvollziehbar. Noch schlimmer ist

es, dass die Betroffenen so rüde abgekanzelt und verängstigt werden. „Anstatt mit ihnen in engen Dialog zu treten und sich bei Ihnen für die bisherige Solidarität zu bedanken, droht man mit Konsequenzen: „Tarifierhöhung ja, aber nur wenn die Beschäftigten auch nach 2009 zu weiteren Zugeständnissen bereit sind. Sonst wären betriebsbedingte Kündigungen unvermeidlich! ...“ Kurzum unter der Überschrift „Für einen Solidarpaket 2“ wird damit

den Beschäftigten unverhohlen mit weiteren Jahren Lohnverkürzungen nach 2009 gedroht.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienste haben genug gespart, ihr Beitrag geleistet und brauchen jetzt mehr Geld in der Tasche! ... Sie wurden lange genug vom Senat hingehalten. Der Vorsitzende der Linken, Klaus Lederer, hat recht mit seiner letzten Äußerung zu diesem Thema «Berliner Zeitung vom 2. 1.08 »

Es sei nicht akzeptabel und durchhaltbar, die Landesmitarbeiter dauerhaft von der bundesweiten Tarifentwicklung abzukoppeln. Bundesweit werde über angemessene Gehälter diskutiert. Berlin dürfe sich nicht um die Debatte herumdrücken. Der Berliner Tarifvertrag laufe zwar noch bis Ende 2009, aber die Mitarbeiter müssten schon vorher mehr Geld bekommen. Die SPD lehne das bislang ab. Die Linke müsse darüber verhandeln, ob ein Teil der Gehaltserhöhungen, die ab 2010 vereinbart sind, vorgezogen werden könne.

Der Solidarpaket für den öffentlichen Dienst in Berlin wurde 2003 mit den Gewerkschaften abgeschlossen und gilt bis Ende 2009. Es wurden die Arbeitszeiten, aber auch die Gehälter um acht bis zwölf Prozent verringert. Im Gegenzug sicherte der Senat den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen zu. Vergeblich erinnern die Gewerkschaften daran, dass sich die Tarifpartner 2003 darauf verständigt hätten, schon während der Laufzeit des Solidarpakts Einkommensverbesserungen zu vereinbaren, wenn das auch in anderen Ländergeschehe.

WS

Als Partei, die in besonderem Maße die Anliegen abhängig Beschäftigter und Erwerbsloser vertritt, stehen wir jetzt in der Verantwortung, die Einkommenssituation der Beschäftigten zu verbessern und gegebenenfalls Streiks zu unterstützen. Daher ist der Platz unserer Partei - trotz Koalitionsverantwortung - an der Seite der Beschäftigten und auf der Straße.

Arslan Yilmaz

In eigener Sache

DIE LINKE im Kiez erleben

Im Februar 2008 haben wir es geschafft, „uffn Wedding“ gibt es seit einem Jahr wieder. Bereits in den siebziger und achtziger Jahren gab es sie als linkes Blatt des Wedding. Unsere Basisorganisation hat, wie ich meine, ihren Beitrag geleistet, DIE LINKE im Kiez ein bisschen bekannter zu machen. Nicht, dass DIE LINKE nicht auch schon vorher bekannt

scheidenen Maße gelungen ist, unsere Auffassung von einer sozial gerechten Politik den Bürgerinnen und Bürgern im Wedding bekannt zu machen. Für unsere „kleine“ Basisorganisation (BO) war und ist das eine arbeitsreiche und anstrengende Aufgabe. Die sich ständig entwickelnde Akzeptanz unseres „uffn wedding“ aber bestärkt uns, auf diesem Weg wei-



Mitglieder der LINKEN. Wedding auf der bundesweiten Protestdemo gegen den Afghanistan-Krieg

war, dafür sprechen ja nicht nur unsere Wahlergebnisse oder Menschen in unserer Partei wie Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und viele andere oder die nicht immer unproblematische Regierungsbeteiligung in Berlin.

Wir wissen, dass wir mit unserer Kiezzeitung versucht haben, und dass es uns auch im be-

ter zu gehen. Unsere Zeitung wird in einer Auflage von 3000 Exemplaren an die Frau und an den Mann gebracht, jede Ausgabe wird monatlich an zwei Brennpunkten im Kiez verteilt. Das bedeutet, dass die Linke als einzige Partei auch zwischen den Wahlkämpfen ihr Gesicht in der Öffentlichkeit zeigt und als Ansprech-

partner für die Weddingerinnen und Weddinger zur Verfügung steht. Ein anderer Teil wird über Auslegen in Weddinger Kneipen und Kultureinrichtungen unter die Leute gebracht. Auch versorgen wir zwei von uns ausgewählte Stimmbezirke über die Hausbriefkästen mit jeder Ausgabe unserer Kiezzeitung.

Die Arbeit unserer BO hat aber auch noch andere Schwerpunkte, monatlich führen wir Mitgliederversammlungen zu verschiedenen Themen durch. Die Inhalte sind hauptsächlich von aktuellen und programmatischen Themen geprägt.

Unsere nächste Mitgliederversammlung, die am 24. Januar um 19.00 Uhr im LinksTreff stattfindet, hat zum Thema „Bildungs- und Chancengleichheit im Sinne der Parteiprogrammatik“, dazu haben wir Nele Hirsch, Mitglied der Linksfraktion im Bundestages und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, eingeladen.

Als Weddinger BO empfinden wir uns als ein konstruktiv-kritischer Bestandteil der LINKEN. Wir fordern und fördern die offene Diskussion, wir empfinden uns nicht als Vertreter der in unserer Gesellschaft ins Abseits Gedrängten, sondern eher als deren Bestandteil und wollen so viele wie möglich für einen gemeinsamen Kampf gegen die menschenverachtenden Verhältnisse gewinnen. Wir wollen zusammen für ein solidarisches und menschliches Leben streiten.

In regelmäßigen Abständen haben wir in der Vergangenheit Veranstaltungen zu aktuellen Themen und zu Positionen unserer Partei durchgeführt. Vom Bundeswehreinsatz in Afghanistan über die Auswirkungen von Hartz IV, Ideen und Strategien für ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie unsere Auffassungen zur Bahnprivatisierung, um nur einige zu nennen. Diese Veranstaltungsreihe werden wir auch in der Zukunft fortführen.

Die nächste Veranstaltung wird sich mit der Problematik kommunaler Bürgerbeteiligung am Beispiel der Durchsetzung von Bürgerhaushalten befassen.

Der Linkstreff, unser Domizil im Kiez in der Prinz-Eugen-Str. 11, ist ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit. Der kleine Laden ist jeden Werktag von 16.00 bis 19.00 Uhr ausschließlich durch die Mitarbeit von ehrenamtlichen Genossinnen und Genossen geöffnet, wir sind dort als Ansprechpartner präsent und organisieren von dort aus die meiste Arbeit.

Wer also Interesse hat, kann dort die Linke im Kiez erleben, ausführlich kann sich Frau oder Mann auch über unsere Webseite www.linkstreff.de informieren.

Dieser kurze Abriss unserer Arbeit zeigt, dass wir viel tun und einiges vorhaben, wir freuen uns über jede und jeden, der mitmacht und laden dazu herzlich ein.

Zum Abschluss möchte ich all unseren Leserinnen und Lesern ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2008 wünschen.

*Winfried Rietdorf
BO-Vorsitzender*

**Schreiben - kämpfen - feiern
„uff`n wedding“ wird 1 Jahr**

Geburtstagsfete*

am 29. Februar ab 19.00 Uhr

im Haus Bottrop

Schönwalderstr. 4

13347 Berlin

*Programm und ausführliche Ankündigung in der nächsten Ausgabe

Wissen und Gewissen Entscheidung und Gründe

Von allen Entscheidungen, die ein Bezirksverordneter zu treffen hat, gehört die zum Haushalt des Bezirkes zu den wichtigsten und schwierigsten. Hier geht es um das Geldverteilen. Aber, 95 Prozent des Haushalts sind zweckgebunden. Sie liegen in Löhnen und Gehältern, in Sachmitteln und Energiebereichen fest. Die Möglichkeiten für kreative Gestaltung liegen in den etwa fünf Prozent, die dafür verbleiben. Das macht die Sache nur scheinbar leichter, denn je weniger man hat, desto schwieriger ist die Verteilung.

Wenn aber auch noch die Zuweisungen des Senats an den Bezirk geringer werden, wachsen die Schwierigkeiten des Verteilens dementsprechend. Wenn dann, wie im Bezirk Mitte, der Abbau der Arbeitskräfte verzögert wurde und die Kreativität gerade im wichtigen Jugendbereich in der Vergangenheit groß war, ist das rückblickend löblich aber macht zukünftige Streichungen nur noch schwieriger.

Drei Faktoren wirken auf den Verordneten ein. Erstens befindet sich der Verordnete unter dem Druck der Erwartungen seiner WählerInnen. Aber er ist ja nicht auf Grund seiner Person sondern auf einer parteiintern gewählten Liste, gesetzt und gewählt worden. Und die WählerInnen dieser Listen wählen aus unergründlich unterschiedlichen Gründen diese Fraktion.

Zweitens steht er unter dem Druck der Fraktion, in der er sich befindet. Hier setzt sich eine

Mehrheitsposition durch und er ist mit dieser Zusammenstellung der Fraktion gewählt worden, so dass sich für ihn die Frage stellt, wie verhält er sich der demokratisch erarbeiteten Mehrheitsmeinung der Fraktion gegenüber?

Drittens ist er seinem eigenen Gewissen gegenüber verantwortlich. Wo macht sich das wie bemerkbar? Bei der Abstimmung des Gesamthaushalts - einfach alles ablehnen? Oder bei Einzelfragen? Welches Problem soll zu Ungunsten eines Anderen gelöst werden? Am Kompliziertesten ist es bei einem Projekt, von dem man weiß, dass es sehr gut ist und

man zu den Betreibern einen persönlichen Kontakt hat, sich gegen oder für dieses zu entscheiden hat.

Man kann sich drehen und wenden wie man will, hinten bleibt hinten. Es gibt keine gerechte, allen helfende Entscheidung. Man muss sich für das geringste Übel entscheiden.

Dazu muss man die Auswirkungen der Entscheidung kennen.

Den Haushalt ablehnen, heißt den Bezirk in die „vorläufige Haushaltswirtschaft“ zu übergeben. Das bedeutet die absolute Einflussnahme des Senators für Finanzen auf die Ausgaben des Bezirkes. Die Folge wäre, dass „nur die unbedingt notwendigen Ausgaben geleistet werden ... dürfen“. Kurz gesagt, selbst der Spielraum der fünf Prozent würde sich erstens verringern und zweitens ohne unseren Einfluss verteilt werden.

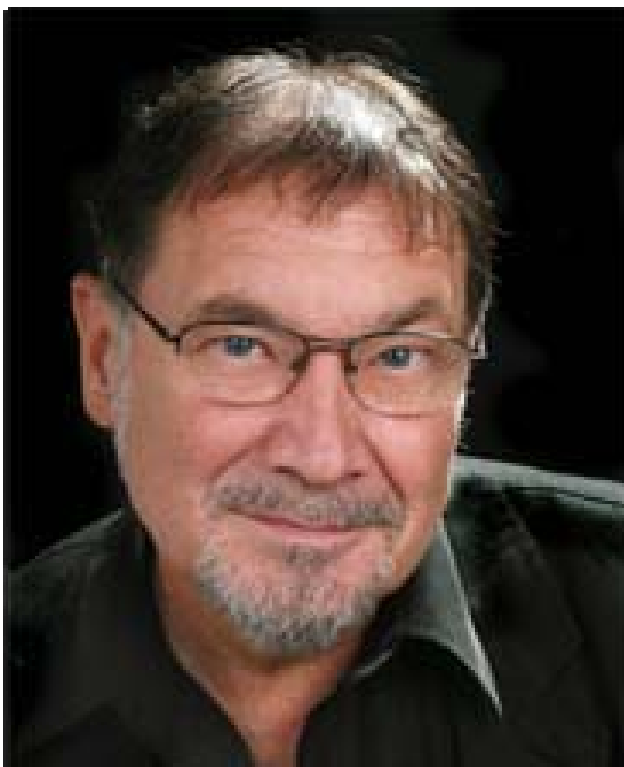
Diese Konsequenzen, die sich aus einer Ab-

Am 20. Dezember 07 stand die Abstimmung über den Haushalt des Bezirks Berlin-Mitte für die Jahre 2008/2009 an. Nach einer langen, kontrovers geführten Debatte stimmte die BVV mit 27 zu 25 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, für den vorgelegten Haushalt. Hier die Gründe für die unterschiedliche Abstimmung unserer Weddingerverordneten.

WS

lehnung ergeben würden, wurden vom Stadtrat für Finanzen, Dr. Jens-Peter Heuer (Die Linke), auf der Bezirksverordnetenversammlung am 20.12.2007 deutlich gemacht. Leider wurden die Hinweise auf die Folgen von der CDU (Herr Reschke) als „moralische Drohung und Nötigung“ ausgelegt, um eine Zustimmung des Etats zu erreichen, den das gesamte Bezirksamt parteiübergreifend der BVV vorgelegt hat.

Um eine für alle notwendige Information, die für die Folgen der Entscheidung große Bedeutung hätte, zurückzuhalten oder sogar zu verschweigen, wie es Herr Reschke lieber gese-



Wolfgang Krüger Fraktion DIE LINKE
Bezirksverordneter Berlin-Mitte

hen hätte, wäre aber meiner Meinung nach eine absolut unzulässige Handlungsweise eines Stadtrates gewesen.

Warum weigerten sich aber die CDU und leider auch die Grünen permanent, Argumente an sich heran zu lassen? Die oben erwähnten drei Einflüsse auf den Verordneten sind eben

nicht die Einzigen, die wirken. Hinzu kommen die politische Position innerhalb des Bezirkes und die politische Situation in der Stadt.

Es ist nicht das erste Mal, dass die BVV über den Haushalt, der mit Abstrichen verbunden ist, entschieden hat. In den Jahren, in dem die CDU den Bürgermeister (Herrn Zeller) stellte, stand der Zustimmung nichts im Wege. Nun haben wir aber einen Bürgermeister von der SPD (Herrn Dr. Hanke) und da ist eine Ablehnung durch die Opposition, koste es was es wolle, unbedingt aus parteipolitischem Kalkül angesagt.

Das wurde von Herrn Reschke (CDU) mit den Worten unterstrichen, „wir werden im Herbst wieder über den Nachtragshaushalt diskutieren, ich kann ihnen heute schon sagen, egal was sie vorlegen, wir werden wieder nein sagen“.

Mir geht es nicht darum, dass ich von der CDU den Anstand erwartet hätte, dass sie unter der drückenden Last der Schuld an der finanziellen Situation der Stadt und der Bezirke Zurückhaltung übt. Mir geht es um den Zynismus, der da vorliegt und so zu tun, als möchte man die sozialen Projekte verteidigen aber in Wirklichkeit nur eigene Parteiinteressen sieht.

Natürlich ist auch mir bewusst, dass die Zuweisungen des Senats an die Bezirke das unterste Limit erreicht haben. Dagegen aber abzustimmen, ist kein geeignetes Mittel. Ich setze darauf, dass die angekündigten Verhandlungen der Bezirke mit dem Senat über eine Neuorientierung der Zuweisungen Früchte tragen werden, die die Situation für die Bezirke zukünftig verbessert.

Das alles abgewogen, hat mich dazu bewogen, dem Bezirkshaushalt zuzustimmen.

Wolfgang Krüger

Rede von Kaspar Scholemann zur Haushaltsentscheidung

Das ist der falsche Weg

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Genossinnen und Genossen, (...) es hat sich wohl schon herum gesprochen. In meiner Fraktion und Partei gibt es einen Dissens zum Umgang mit dem Haushalt. Ich komme zu anderen Ergebnissen als meine Kolleginnen und Kollegen. In dem Zusammenhang möchte ich anmerken, dass ich darüber positiv angetan bin, dass ich Verständnis für meine Position erhalten habe und dass mir Freiräume bei der Vertretung dieser Position gegeben werden. Ähnlich verlief es in anderen Bezirken und das zeigt, dass wir in unserer Partei auch unterschiedliche Positionen gut aushalten.

Nun zum eigentlichen Punkt: Ich halte den Haushalt für, vorsichtig formuliert, sehr problematisch, weil er den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entgegensteht. Es gibt eigentlich einen Konsens, dass gerade in sozialen Brennpunkten mehr in Bildung investiert werden muss. Insbesondere die SPD hat sich die Chancengerechtigkeit im Wahlkampf ja dick auf die Plakate geschrieben. Statt dessen geschieht jetzt das genaue Gegenteil. Es wird die Axt angelegt an sehr wichtige Projekte wie beispielsweise die Jugendbibliothek, die Jugenderholungseinrichtungen, Jugendfreizeitfahrten, Evas Arche, die Musikschule, die Lehrmittel, an die Investitionen in Schulen und Spielplätze, an die Mieterberatung und an die Kulturarbeit. Auch auf die Folgen für das Personal ist hinzuweisen. Viele sind unterbezahlt, völlig überlastet, was sich dann auch auf die Qualität der Leistungen auswirkt

Von Landesebene wird immer argumentiert, seht doch, auch im Bezirk xy haben sie Bibliotheken geschlossen, seht doch, auch in Bezirk yz haben die soziale Einrichtungen dicht gemacht, seht doch, nur in wenigen

Bezirken wird so viel Geld für dieses und jenes ausgegeben wie in Mitte. Diese Argumentation ist hoch problematisch. Wenn alle Bezirke ihre Leistungen auf den Berliner Durchschnitt kürzen, dann haben wir eine stetige Abwärtsspirale, die das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben untergräbt. Durch den jetzt vorgelegten Haushalt werden andere Bezirke unter Handlungsdruck kommen, dessen Ergebnis dann wieder wir zu spüren bekommen. Und da sage ich: Das ist der falsche Weg, damit muss Schluss sein!



Kaspar Scholemann Fraktion DIE LINKE
Bezirksverordneter Berlin-Mitte

Es stellt sich aber auch, wenn man sich den Prozess der Haushaltsaufstellung anschaut, eine weitere Frage. Das althergebrachte Demokratiemodell hat ja folgenden Mechanismus: Jede 5 Jahre werden Parteien gewählt, die dann Kandidaten in ein Parlament schic-

ken und den Haushalt beraten. Und automatisch gibt es bei den jeweils Regierenden den Wunsch, dass möglichst im stillen Kämmerlein zu machen, ohne öffentliche Begleitung und Beachtung bei schwierigen Entscheidungen.

Es hat sich herausgestellt, und dafür reicht ein Blick in den Plenarsaal, dass in solch einem Prozess wesentliche Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden, da die BVV nur einen Ausschnitt der Grundgesamtheit repräsentiert.

Ich denke, eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre der BVV muss es sein, ähnlich wie das in einem anderen Bezirk bereits der Fall ist, die Zahl der an der Haushaltsaufstellung beteiligten Akteure zu erweitern. Dadurch können wesentliche Interessen und Meinungen zumindest eingebracht werden und es kann sich eine Öffentlichkeit entwickeln, die im politischen Prozess der Aushandlung der Zuweisungen positive Wirkung entfaltet.

Die Linke setzt sich für Volksentscheide auf Landes- und Bundesebene ein, ganz selbstverständlich streiten wir auch auf bezirklicher Ebene für mehr Demokratie. Leider fand das in diesem Verfahren der Haushaltsaufstellung keinen Ausdruck, ich werde mich dafür einsetzen, und bin auch verhalten optimistisch, dass sich das im Lichte der gemachten Erfahrungen nun ändert.

Allerdings ist das natürlich ein langer Prozess und es hilft den jetzt von den Kürzungen betroffenen Menschen zunächst einmal nicht. Es wäre unredlich nicht auch ganz konkret auf die Frage einzugehen, wer oder was den jetzt verantwortlich dafür ist.

Und da, liebe Kollegen von der CDU und von den Grünen, ist es nicht so, als hättet ihr damit nichts zu tun.

—apropos CDU. Gestern hat sich eine CDU-

Ortsgruppe mit der Begründung aufgelöst, die große Koalition würde einseitig die Interessen des Großkapitals vertreten....Ich verstehe ihr Agieren mal als Reaktion auf dieses Ereignis—

Wie dem auch sei: Auf ihre Verantwortung einzugehen, sprengt zwar die Zuständigkeiten des Hauses, ist aber trotzdem sinnvoll, weil das Haus davon betroffen ist und es dem Verständnis der Vorgänge dient.

Die Haushaltsprobleme des Bezirks sind Ausdruck der Probleme des Landes. Und das Land ist im wesentlichen abhängig von der Bundeshaushaltspolitik. Ich bin der Auffassung, dass man zusätzliche Einnahmen auf Landesebene erschließen sollte, zum Beispiel Schluss mit dem ruinösen Wettbewerb mit den brandenburgischen Gemeinden um die niedrigste Gewerbesteuer gemacht werden muss. Es ist volkswirtschaftlicher Blödsinn, zu glauben, es sei ein Unterschied, wenn sich Unternehmen hundert Meter jenseits oder diesseits der Stadtgrenze ansiedeln. Mit einer angemessenen Besteuerung könnten die Projekte erhalten und ausgebaut werden.

Die strukturelle Notlage, in der sich Berlin befindet, ist aber dadurch nicht zu beheben. Sie ist das Ergebnis von jahrzehntelanger neoliberaler Bundessteuerpolitik und von einer Ignoranz gegenüber den teilungs- und hauptstadtbedingten Sonderlasten. Und da sage ich an alle, die sich hier mit Recht gegen die Kürzungen zu Wehr setzen: Nur eine starke Linke, die die Unternehmen und Besserverdienenden in die Finanzierungsverantwortung nimmt und die für ein Steueraufkommen kämpft, das dem europäischen Durchschnitt entspricht, kann die Kräfteverhältnisse so ändern, dass nicht gekürzt, sondern wieder in Soziales und Bildung investiert werden kann.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Es war einmal ... und wird noch lange bleiben: Das Café Barrikade, die Barri im Wedding

Die Buttmanstraße im Wedding ist seit letztem Jahr zum Gespräch geworden. Mitten im geglaubten Niemandsland gelegen, zwischen dem sog. Soldiner Kiez und dem weit entfernten Quartiersmanagement Pankstraße, haben sich gegen Ende vergangenen Jahres so mancherlei Leute den Kopf heiß diskutiert, nicht zuletzt die Herrschaften vom RBB, Fachleute des bürgernahen Fernsehens. Die Straße wurde zur Zumutung erklärt, es muß geholfen werden. Lieber nicht, dachte sich so mancher, sich erinnernd: 'Da werden Sie geholfen'. Und so blieb die Straße das, was sie immer war: Ein Brennpunkt, wo es gilt sich zu arrangieren, wo es gilt Kompromisse zu finden.

Beim Betreten des Cafés Barrikade, der Barrikade, wie es genannt wird, in der Buttmanstraße 2 fallen einem meist bald diese seltsamen Schuhabdrucke an der schwarzen Decke auf. - Der Herr steht wohl in der Ecke, rechts hinter dem Tresen, die Dame scheint unbekümmert den Billardraum betreten zu haben. Die alte Bahnhofsuhr steht auf vier Minuten vor Halbdrei. Dort bleibt sie auch die ganze Nacht

als an diesem Ort. Und wenn der Herr der Schöpfung zum Wiegen muss, so befindet sich auf der Herrentoilette eine Waage, sehr alt, sehr groß. Niemand weiß, seit wann sie dort steht, geschweige denn, wie viele Leiber sie gewogen hat.

Seit über dreißig Jahren gibt es die Barrikade, eine Institution, die zur Geschichte dieser Straße gehört. Am 2. Juni 1977 gegründet als Kneipenkollektiv, hat es eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Anfangs übernahm ein engagiertes Kollektiv eine der vielen typischen Berliner Kneipen, Mobiliar und Stammgäste eines eher recht-konservativen Nachkriegsgefüges inklusive.

Doch durch konsequentes Rotweinausschänken, Bier wurde nicht serviert in den ersten Stunden, erarbeitete sich die Barrikade zügig ein eigenes, links ausgerichtetes Publikum, das schnell Interesse fand an einer solchen Gastronomie im Wedding. Ein Geist war geboren. Anfang bis Mitte der 80ziger Jahre gab es schließlich drei besetzte Häuser in der Buttmanstraße. Die Barrikade avancierte schnell zum Treffpunkt der Hausbesitzer und deren Unterstützer, florierte damals schon zu einem Ort, an



Foto: Barrikade

stehen, vertraut und wie ein Freund. Seit zwölf Jahren, so munkelt man, hat sich am Interieur nichts geändert, seit zwanzig Jahren habe man nur behutsam ein paar Dinge verändert. Und in der Tat: Nirgends ist 'Retro' authentischer

dem durchaus konträr diskutiert wurde, wo sich jedoch beim Getränk dann jeder einig war. Und auf den Mund gefallen war eh keiner.

In den späteren Jahren wechselten Inhaber und Betreiber, sie kamen und sie gingen (-die Inhaber der ersten Stunde machten z.B. das legendäre Taxe Moon am Wedding Platz auf, das heute leider nicht mehr existiert-), aber stets kamen sie aus den Reihen der Gäste. Das Geschäft wechselte so von einem zum anderen, und keiner konnte es einfach aufgeben. Und so blieb eines immer dort, Gäste, die zum Teil seit Jahren Stammgäste sind, von denen einige inzwischen weit anreisen (es soll regelmäßig Gäste aus Bremerhaven geben), die zu schätzen wissen, was sie an der Barrikade haben. Nicht von ungefähr spielten hier Größen wie Nikki Sudden für das Publikum unverwechselbar auf.

Seit 2003 ist die Barrikade ein gemeinnütziger Verein, ein Kieztreff, der es immer noch wagt unterschiedlichste Strömungen, Nationalitäten, Ansichten, Auffassungen und Lebensentwürfe zu vereinen, der Gelegenheit gibt zum Austausch und Verstehen. Sie sagen, es ist eine 'waffenfreie Zone' und 'drinnen wird nicht geschossen'. Und damit bleiben die Ansprüche die selben wie zur Gründung der Barrikade. Für einige Gäste (G. und E. sind Gäste aus den ersten Tagen) gab bzw. gibt es im Norden Weddings nur drei vergleichbare Institutionen: Das White Wedding, das wie vieles auch dem Gesundbrunnen-Center weichen mußte, das Café Cralle und eben die Barrikade. Und dort, in der Barri, gibt es zivile Preise wie zu D-Markzeiten, wobei Kicker und Billard umsonst genutzt werden können. Auch ist das aktuelle

Programm nicht zu verachten. Jeden letzten Sonntag im Monat ab 20.30 Uhr lädt Thilo Bock zu seiner Leseveranstaltung >Dichter als Goethe<, immer mit Gast und guter Zeche, dazu kommt noch die eine oder andere hervorragende Party und Skat soll auch gespielt werden.

Man sagt: 'Totgesagte leben länger', aber die Barrikade sagt: 'Wer das Existenzminimum kennt, der ist erst richtig lebensfähig.'



Foto: ak

Cafe Barrikade e.V.
Buttmannstr. 2
13357 Berlin
Kommt vorbei - ab 16.00 Uhr!!!

Nachtrag:

Legendär wird wohl auch der Abend bleiben, als Christian Hanke (Bezirksbürgermeister von Mitte) und ein Team vom RBB, so erzählt man sich, verzweifelt die Buttmannstraße retten wollten und am Ende nicht zu knapp ihre magerere Ausbeute einerseits und ihr merkwürdiges Befinden andererseits in der Barrikade herunterspülten.

A., Janoph

uff'n wedding wünscht allen Lesern
ein gesundes und erfolgreiches
2008

Beratung und

zu Wohnung/Miete sowie Hartz IV

immer am letzten Mittwoch im Monat

mit Rechtsanwalt André Roesener

Fragen und Informationen zu Hartz IV

jeden Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr

Informationen zur

Basisorganisation der LINKEN im Wedding

Montag bis Freitag von 16.00 bis 19.00 Uhr

Mitgliederversammlung am Don-
nerstag, 24. Januar 2008 um 19.00
Uhr

mit Nele Hirsch MdB

Bildungspolitische Sprecherin der
Bundestagsfraktion

im LinksTreff

Gäste sind herzlich willkommen

Impressum:

uff'n wedding, als Informations-
blatt, wird herausgegeben von der
Basisorganisation Wedding
der Partei DIE LINKE.

Namentlich gezeichnete
Beiträge liegen ausschließlich in der
Verantwortung der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf,
co. Prinz-Eugen-Str. 11,
13347 Berlin, Tel. 465 07 109
email:dielinke@linkstreff.de
web:www.linkstreff.de

**Links
kommt !**

**Mitmachen
und einmischen!**

Jetzt Mitglied werden!

DIE LINKE.